

„Soldiers for freedom, nation and blood“. Der Wandel von Anerkennungsordnungen kollektiv-öffentlicher Gewaltausübung durch Fußballhooligans im Zuge der *GIDA-Bewegungen.

Franz Erhard, Alexander Leistner

Franz Erhard: fr.erhard@uni-leipzig.de, Alexander Leistner: a.leistner@uni-leipzig.de

In unserem Vortrag befassen wir uns mit der exemplarischen Rekonstruktion eines Wandels von Anerkennungsordnungen kollektiver Gewaltausübung „auf der Straße“. Dabei wird die These bearbeitet, dass es im Zuge der *GIDA-Bewegung zu einer gesellschaftlichen Öffnung gegenüber Gewalthandeln kam, die etablierte gesellschaftliche Aversionsnormen gegenüber öffentlich verübter Gewalt übergab. Eine besondere Rolle spielten in diesem Prozess Fußballhooligans, deren oft im Kampfsport angeeignete und bei Straßenauseinandersetzungen erprobte Gewaltexpertise im Lichte einer bei *GIDA-Demos als wehrlos dargestellten Volksgemeinschaft eine neue Legitimierung erfuhr. In diesem Zusammenhang zeigen wir, a) inwiefern stellvertretende politische Gewalt zum Selbstverständnis rechtsextremer Hooliganszenen gehört, um dann b) nachzuzeichnen, wie dieses Handlungsmodell eines gewalttätigen Stellvertreteraktivismus von einflussreichen Teilen der *GIDA-Bewegung Bestätigung erhält und in den eigenen Straßenprotest integriert wird. Ankerpunkt für diesen Argumentationsgang ist ein Ereignis, bei dem der Wandel in der Anerkennungsordnung kollektiver und politisierter Gewaltausübung prägnant sichtbar wurde. Gemeint ist der einjährige sogenannte „Geburtstag“ von LEGIDA am 11.01.2016, wo ein symbolischer Schulterschluss mit der rechtsextremen Fußballszene geübt wurde. Von besonderer Bedeutung ist dieses Datum zudem dadurch, dass parallel zu der Demonstration der links-alternativen Stadtteil Connewitz von circa 250 Hooligans und Neo-Nazis angegriffen wurde und die auf der Bühne vollzogene Legitimierung kollektiver Gewaltausübung gleichzeitig einen praktischen Vollzug „auf der Straße“ fand. Deutlich wird daran, dass nicht nur im normativ wünschenswerten Sinn die Straße als Ort der Politisierung wiedererobert wird. Stattdessen erfahren dort auch destruktive politische Tendenzen einen Widerhall.

Das Politische der Messerstecher

Thomas Kron

Thomas Kron: tkron@soziologie.rwth-aachen.de

Der Vortrag greift die Beobachtung einer veränderten Praxis des Straßenkampfes auf, bei der eine Zunahme an physischer Gewalt unter Zuhilfenahme von Messern konstatiert wird. Es wird die Frage beantwortet, welche politisch-kulturelle Bedeutung dieses Phänomen des Wandels der Straßenkampfpraxis hat. In einem ersten theoretischen Schritt wird der vermehrte Zugriff auf Gewalt mittels Messern als Aktivierung des „symbiotischer Mechanismus“ (Luhmann 1984: 334ff.) gedeutet: Die Bürger zielen immer öfter in ihren Auseinandersetzungen gewalttätig verletzend auf ihre Körper. Symbiotische Mechanismen verweisen bei heftiger praktischer Aktualisierung auf eine Krise und zugleich auf eine mögliche Lösung. Auf welche politische Krise verweisen Messerattacken und welche Lösung wird damit suggeriert? Als Krise wird im zweiten Schritt eine Krise der politischen Verteidigung individueller Freiheiten ausgemacht. Dahinter steckt die Annahme, dass die Benutzung von Messern ein Teil des modernen (deutschen) Sicherheitsdispositivs ist (Foucault 2006a, 2006b), welches davon spricht, dass die Gewalt im Staate liegt. Und dort, so das Narrativ, muss die Gewalt auch liegen, soll die individuelle Freiheit des Einzelnen gewährleistet werden: Dies ist der spezifische deutsche Individualismus als eine Ausformung der „Kultur der Moderne“ (Münch 1986). Der Staat darf exekutiv Schusswaffen einsetzen, deren Übermacht (im Sinne von Wirksamkeit gegenüber Körpern) gegenüber Messern lange als offenkundig galt, figuriert und als „tacit knowledge“ in der Bevölkerung verbreitet via Gesetzgebung (Schusswaffen sind den Bürger*innen grundsätzlich verboten; Messer grundsätzlich erlaubt), durch Filme (filmische Szenen mit Messern werden in ihrer Gefährlichkeit verharmlost, Schusswaffen in ihrer Wirksamkeit überbewertet) und qua Selbstverteidigungsangebote (unrealistische Annahmen der Einfachheit bei der Verteidigung von Messerattacken) – genau jene Bereiche, die Foucault als historische Normalisierungsfelder identifiziert hatte, um den Prinzipien der Souveränität, der Staatsräson und der Gouvernamentalität zu unterschiedlichen Zeitpunkten zur Durchsetzung zu verhelfen. Die Zunahme von Messerangriffen attackiert dieses Sicherheitsdispositiv. Der Diskurs wandelt sich und fordert aktuell etwa einen Ausweis von Angriffen mit Messern in der jährlichen Statistik des BKA, Filme greifen auch im Mainstream nunmehr Messer als effektives Tötungsmittel auf und Selbstschutzkurse betonen immer häufiger die Notwendigkeit realistischer Szenarien zur Messerabwehr (etwa im Krav Maga). Das Wissen wandelt sich: Messer sind Schusswaffen in ihrer Wirksamkeit im Kampf nur unter spezifischen Bedingungen unterlegen. Oder: Die Gewalt liegt nicht allein im Staat, sie liegt auch bei den Einzelnen selbst. Dies ist die Krise. Die Frage ist drittens, welche Lösung dieser zunehmende wechselseitige, mit Messern geführte Durchgriff von Bürger*innen auf ihre Körper – gedeutet als symbiotischer Mechanismus des Politischen – impliziert. Die Antwort ist, dass die angedeutete Lösung in einer Freiheitsanschauung liegt, welche der Ausprägung der individualistischen Kultur der Moderne in den USA nahekommt: Die Freiheit des Einzelnen wird nicht mehr als innerliche Freiheit verstanden, die durch den staatlichen Schutz von außen gewährleistet wird, sondern die individuelle Freiheit entfaltet sich im gesellschaftlichen Vollzug der Handlungen der Individuen. Letztere sind frei, wenn sie sich frei handelnd gesellschaftlich einbringen. Damit setzt sich letztlich die neo-liberale Anschauung des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) gegen die deutsche

Fundierung individueller Freiheiten durch Luther und Kant im Verhältnis des Politischen zur Kultur des Individualismus durch.

Die Bearbeitung existentieller Probleme in Widerstandsbewegungen. Zur Selbsteinhebung der Politik der Landkommune seit den 1970er Jahren.

Philipp Wallmeier

Philipp Wallmeier: wallmeier@normativeorders.net

Der Beitrag rekonstruiert historisch die Veränderung einer Form von Widerstand, die sich mit „existentiellen Problemen“ auseinandersetzt: dem Rückzug von Personen in Landkommunen (in den USA). Aus der Gegenbewegung zur Mehrheitsgesellschaft der frühen 1970er Jahre wurde bis zum Ende des Jahrtausends eine Transformationsbewegung für diese Mehrheitsgesellschaft, aus einer „Politisierung“ von existentiellen Problemen wurde der Versuch einer experimentellen Bearbeitung derselben. Der Vortrag argumentiert, dass es sich bei dieser Veränderung um die langsame Selbsteinhebung einer Widerstandsbewegung handelt. Diese Selbsteinhebung zeichne ich mithilfe des subkulturellen Magazins Communities nach, dem ich von dessen Gründung im Jahr 1972 bis zur Jahrtausendwende folge. Da das Magazin von seinen HerausgeberInnen nicht nur als Medium, sondern als Teil der Bewegung verstanden wurde, generiere ich durch diesen Zugriff drei unterschiedliche Arten von Daten. Erstens generiere ich durch die historische Rekonstruktion der Geschichte des Magazins Daten über die Praxis der KommunardInnen. Die Geschichte des Magazins liefert Hinweise darauf, wie KommunardInnen agierten und mit welchen Problemen sie praktisch umgehen mussten. Indem, zweitens, alle Artikel des Magazins inhaltlich ausgewertet werden, gewinne ich Daten über die impliziten Annahmen der KommunardInnen. Auf einer dritten Ebene nutze ich das Magazin, um explizite Selbstverständnisse, Herrschaftsdiagnosen und Kritik an der eigenen Bewegung der KommunardInnen zu erheben. Insgesamt erlaubt mir dieser „Dreisprung“, in der Bewegung praktisch auftretende Probleme anhand von expliziten Deutungen und vor dem Hintergrund impliziter Annahmen zu rekonstruieren. So lässt sich die Geschichte der Widerstandsbewegung als eine Geschichte der Selbsteinhebung rekonstruieren. Der Beitrag betrachtet Widerstandspraktiken, die sich durch ein körperliches Miteinander auszeichnen. Diese finden aber nicht auf „der Straße“ – im Sinne von öffentlichen Plätzen – statt, sondern häufig am Ende von Trampelpfaden, Sackgassen und Schotterstraßen. Indem dieser Widerstand durch das Szenemagazin Communities rekonstruiert wird, weist der Beitrag auf die „Multimedialität“ der Praxis hin und entwickelt drei Argumente, die für die Gesamtdiskussion von Interesse sein könnten. Implizit zeigt der Beitrag erstens eine Art Vorläufer der Verbindung von körperlicher Präsenz und medialer Aufladung, wie wir sie heute wieder vermehrt in der „Politik der Straße“ sehen (und wie sie im CFP beschrieben wird). Zweitens zeigt der Beitrag, wie aus der „Politisierung“ existentieller Probleme der Versuch einer experimentellen Bearbeitung derselben wurde. Drittens erkläre ich diese Veränderung als Selbsteinhebung einer Widerstandsbewegung, die vor dem Hintergrund der Macht des Bestehenden verstanden werden muss. Insgesamt wirft der Beitrag also Fragen über die Kapazitäten moderner Gesellschaften auf, existentielle Probleme zu bearbeiten.

Zur politischen Funktion von Graffiti in Serbien: Zwischen Subversion und Retrogression

Daniel Šuber

Daniel Šuber: daniel.suber@uni-wuerzburg.de

Dass politische Symbole insbesondere „in Phasen tiefer politischer und gesellschaftlicher Umorientierung eine fast existentielle Bedeutung (erhalten)“ (Brkljačić/Sundhaussen 2003), konnte man gerade auch in der bewegten jüngeren europäischen Geschichte seit 1989 vielfach beobachten. An diese sozialwissenschaftliche Intuition anschließend nimmt der Vortrag die Proliferation von politischen Graffiti und visuell transferierten Kollektivsymbolen in Serbien für den Zeitraum von 2000 bis 2010 in den Blick und rekonstruiert deren Bedeutung vor dem Hintergrund des verstärkt seit 2003 stattfindenden Prozesses der Retrogression der öffentlichen Sphäre. Letzterer überraschte dabei nicht nur externe politische Beobachter, sondern auch Fachexperten vor dem Hintergrund des Sachverhaltes, dass sich die erfolgreiche Serbische Oktoberrevolution von 2000, welche die Demission des Milošević-Regimes zur Folge hatte, unter anderem der Strategie einer symbolischen Rückeroberung der Straße seitens politischer und zivilgesellschaftlicher Regimegegner verdankte. Diese Erfahrung schien zunächst einmal mehr der verbreiteten sozialwissenschaftlichen Auffassung eines generischen Subversionspotentials von Straßenmedien Vorschub zu leisten und verhalf dem ikonographischen Design der Widerstandsbewegung Otpor sogar zum Aufstieg zu einem auch in andere Konfliktregionen exportfähigen Template. Vor diesem Hintergrund umso erstaunlicher erscheint das Ergebnis der diesem Beitrag zugrundeliegenden Projektstudie, deren analytisches Hauptaugenmerk zum einen auf der Erfassung der Dynamik der Semiotisierungsprozesse der Straße nach 2000 und auf der Berücksichtigung der politischen Mobilisierungsformen durch diverse grass-roots-Bewegungen zum anderen lag. Sie brachte zum Vorschein, dass sich die oben angedeutete Vormachtstellung retrograder politischer Formen der serbischen Öffentlichkeit, die sich anlässlich der Reaktionen auf die unilaterale Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im März 2008 der Weltöffentlichkeit auf dramatische Weise mitteilen, der gezielten Adaption und Invertierung der ursprünglich gegen das Milošević-Regime lancierten visuell-politischen Strategien durch zahlreiche, nationalistisch orientierte Bewegungen verdankte. Deren Einfluss auf die politische Kultur Serbiens steigerte sich bis ins Jahr 2010 zu dem Ausmaß, dass in den öffentlichen Medien das Wort von der „Ohnmacht des Staates“ kursierte. Im Vortrag soll die angedeutete Inversionsstrategie exemplarisch an einigen Mediatisierungskampagnen vorgeführt und deren Rückkopplungseffekte auf andere, öffentliche und semi-öffentliche Diskursarenen (Wahlen, Film, Sport, etc.) angedeutet werden.